Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 102 — Donnerstag, den 30. August 1928 — 41. Jahrgang

Der Unterzeichnungsakt in Paris.

Kriegsächtungsvertrag unterschrieben.

Pünktlich um ein Uhr hielten im Uhrensaal des Auswärtigen Amtes in Paris am Montag nachmittag unter Führung des Außenministers Briand die Delegierten der Staaten, die zur Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes zugegen waren, ihren Einzug. Der feierliche Akt nahm in Anwesenheit der Mitglieder der französischen Regierung, des gesamten Diplomatischen Korps und vieler geladener Parlamentarier seinen Anfang. Der Unterzeichnungsakt war besonders feierlich. Diener in Galauniform, mit der Hellebarde in der Hand, führten die Diplomaten in den Unterzeichnungssaal; an der Spitze Staatssekretär Kellogg-Amerika, dann Lord Cushendun-England, Briand-Frankreich, Dr. Stresemann-Deutschland, Hymans-Belgien, Zaleski-Polen, Benesch-Tschechoslowakei, Mackenzie-King-Kanada sowie die übrigen Bevollmächtigten, also Cosgrave-Irland, Graf Manzoni-Italien, Graf Uchida-Japan, Senator Marchlan-Australien und die Oberkommissare Smith-Südafrika und Sir C. V. Parr-Neuseeland.

Nachdem die Teilnehmer Platz genommen hatten, erhob sich der französische Außenminister Briand zu einer längeren Begrüßungsansprache.

Briand setzte sich und die Zeremonie der Unterzeichnung begann. Auf der Glasplatte des dazu zur Verfügung gestellten Tisches lag das Dokument des Kriegsächtungspaktes. Golden blitzte der Federhalter, den der Bürgermeister von Le Havre dem Washingtoner Staatssekretär überreichte. Ein schmuckloses Tintenfaß dabei, das gleiche, das Vergennes im Jahre 1783 benutzte, um den ersten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Vertrag zu unterzeichnen.

Als erster tritt Reichsaußenminister Dr. Stresemann an den Tisch und setzt seine Unterschrift unter den Pakt. Ihm folgen Kellogg, der im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika zeichnet, Hymans, der Belgier, Briand die Vertreter der britischen Dominions und die Bevollmächtigten der übrigen Staaten. Dr. Benesch schließt die und, Lord Cushendun, der auch für Indien zeichnet, dann Reihe.

Eine halbe Stunde hat die feierliche Handlung gedauert. Dann ziehen sich die Delegierten in den geschmückten Garten des Außenministeriums zurück, wo ihnen Briand den Tee servieren läßt.

Einladung zum Friedenspakt an alle Mächte.

Dr. Stresemann in Baden-Baden.

Nach der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes in Paris am Montag gab der französische Minister des Äußeren, Briand, ein Diner, zu dem die bevollmächtigten Unterzeichner der verschiedenen Mächte, darunter auch Dr. Stresemann, das Diplomatische Korps sowie die Mitglieder der französischen Regierung und eine Reihe von Deputierten und Senatoren erschienen waren. Im Anschluß an das Essen wurde ein Empfang abgehalten. Dienstag mittag kurz nach 12 Uhr reiste der deutsche Außenminister Dr. Stresemann mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Paris nach Baden-Baden ab. Auf der Fahrt zum Bahnhof fuhr ihm der Wagen des Polizeipräfekten von Paris voraus. Auf dem Bahnhof wurde Stresemann von einem Vertreter des französischen Außenministeriums und den Herren der deutschen Botschaft empfangen. Dr. Stresemann verabschiedete sich herzlich noch vom Kupeefenster aus. Auf der Reise nach Baden-Baden begleiteten ihn Legationsrat Redlhammer, Konsul Bernhard sowie der ärztliche Berater, Professor Hermann Zondek. Kurz vor seiner Abreise hatte Dr. Stresemann noch eine Rundfahrt durch Paris unternommen.

Zahlreiche Delegierte fremder Mächte hatten am Montag den Wunsch geäußert, von Dr. Stresemann empfangen zu werden, so u. a. der englische stellvertretende Staatssekretär Lord Cushendun und der belgische Minister des Äußeren Hymans. Dr. Stresemann konnte diesen Wünschen jedoch mit Rücksicht auf seinen noch nicht gefestigten Gesundheitszustand keine Folge leisten. Stresemann wird in Baden-Baden für mehrere Wochen Aufenthalt nehmen. Am Sonntag hat er eine Besprechung mit dem Reichskanzler Müller-Franken, der auf der Reise nach Genf in Baden-Baden Station machen wird.

Die Unterredung mit Poincaré.

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen steht natürlich die Besprechung, die Dr. Stresemann mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré gehabt hat. Es werden alle möglichen Vermutungen geäußert, doch ist tatsächlich nichts bekanntgeworden, was über den Kreis einer Kombination hinausgeht. Zwar schreibt das Blatt „Petit Parisien", es sei offenbar, daß im Laufe einer einstündigen Unterredung der deutsche Minister sich nicht darauf beschränkt habe, seine Befriedigung über den Aufenthalt in Paris zum Ausdruck zu bringen. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Poincaré mit lebhaftem Interesse die Ansichten der deutschen Regierung über die Rheinlandräumung entgegengenommen habe.

„Excelsior" geht noch weiter und sagt: Stresemann habe die Möglichkeit einer allgemeinen Regelung der Reparationen und Kriegsschulden angeschnitten. Beide Staatsmänner hätten aber beschlossen, auch nicht die geringste Information über den wirklichen Inhalt ihres Gesprächs an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

So muß man also den kommenden Verhandlungen in Genf überlassen, ob das, was für die endliche Anbahnung des Verständnisses zwischen Deutschland und Frankreich in Betracht kommt, nun endlich in Fluß gebracht wird.

Gedankenaustausch Coolidge—Doumergue.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat an den Präsidenten der Französischen Republik nach der Unterzeichnung des Paktes ein Telegramm gerichtet, in dem er ausdrückt, er sei sicher, daß überall in der Welt der Wille zum Frieden bestehe. Mit dem Pakt sei ein großer Schritt vorwärts geschehen zur Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen den Ländern und ein hochwichtiges Dokument in der Geschichte der Zivilisation geschaffen. Präsident Doumergue antwortete, auch nach seiner Überzeugung entspreche der Pakt den tiefsten Wünschen der Menschheit und er sei sicher, daß auch die bei der Unterzeichnung nicht anwesenden Mächte alsbald sich an dem Friedensinstrument beteiligen würden.

Einladung an die Nichtunterzeichner.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Paris hat die amerikanische Regierung ihre Vertreter in den interessierten Staaten sofort angewiesen, den Regierungen der Mächte, die den Pakt nicht unterzeichnet haben, die Tatsache der Unterzeichnung und den Text des Vertrages mit den Beitrittsbedingungen bekanntzugeben. Es wird dabei bemerkt, daß die Regierungen schon jetzt dem Vertrage beitreten können, ohne sein Inkrafttreten abzuwarten. Nur bei zwei Mächten sei Amerika nicht in der Lage gewesen, die Einladungen auszusprechen: erstens bei Sowjetrußland, mit dem sie keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, und zweitens bei Afghanistan, das sie zwar anerkannt habe, wo sie aber keinen offiziellen Vertreter besitze. Die französische Regierung hat deshalb die Mitteilung an diese beiden Mächte übernommen.

Rußlands Antwort.

Der französische Botschafter Herbette in Moskau überreichte dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die offizielle Einladung an die Sowjetregierung, dem Kellogg-Pakt beizutreten. Litwinow ersuchte den Botschafter, ihm ein Verzeichnis aller Regierungen zu übermitteln, denen die gleiche Aufforderung zugegangen sei. Ferner bat er um Einsichtnahme in die gesamten diplomatischen Aktenstücke, die sich auf den Kellogg-Pakt beziehen.

Litwinows Abrüstungszweifel.

Gleichzeitig gab Litwinow eine Mitteilung der Sowjetregierung an den Generalsekretär des Völkerbundes bekannt, in der Ablehnung der durch Deutschland vermittelten Einladung zur Teilnahme an der Vorbereitungskommission

Dr. Stresemann unterzeichnet den Kellogg-Pakt.

des Völkerbundes zum Entwurf einer Vereinbarung über die Kontrolle der Rüstungsindustrien ausgesprochen wird. Dazu sagt die russische Ablehnung weiter:

Da durch den Völkerbund nichts geschieht, um die tatsächliche Abrüstung durchzuführen, ist die Sowjetregierung der Meinung, daß ihre Teilnahme an der Konferenz zur Vorbereitung der Kontrolle über die Rüstungen nur dazu beitragen würde, die Völker der Welt in die täuschende Meinung zu versetzen, daß etwas für die Aufrichtung des Friedens geschieht.

Erste Beitritserklärungen.

Von den Nationen, die mittlerweile aufgefordert sind, dem Kellogg-Pakt beizutreten, haben bereits vier Länder telegraphisch ihre Zusage erteilt. Das sind Dänemark, Südslawien, Rumänien und Peru.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Kellogg nunmehr auch die Absicht aufgegeben, einen Besuch in Irland zu machen. Von London hatte er bereits früher Abstand genommen. Kellogg reist am 29. August auf dem Schiff „Leviathan" von Cherbourg direkt nach Amerika zurück.

Das Minderheitenproblem.

Am 29. August wird in Genf der Vierte Europäische Nationalitätenkongreß eröffnet. Der Name selbst könnte vielleicht irreführen. Es handelt sich bei dieser Zusammenkunft um die Vertreter der nationalen Minderheiten in den einzelnen Staaten, besonders in denen, die auf Grund der Friedensverträge neu entstanden sind oder einen beträchtlichen Zuwachs an Land und damit auch an Mitgliedern fremder Nationen gewonnen haben. Dieser neue Genfer Kongreß erfuhr gewissermaßen eine Einleitung durch die Verhandlungen der Berliner Tagung der Interparlamentarischen Union. In dem Berichte des Generalsekretärs spielte die Behandlung der Minoritäten in den einzelnen Staaten eine große Rolle. Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß sich in der Vollversammlung der Union eine längere Debatte über das Minoritätenproblem entspann. Dabei fand besonders die Rede des Vertreters der deutschen Minderheiten in Lettland, Schiemann, ein außerordentlich starkes Interesse, der mit Bedauern feststellen mußte, daß sich die Lage der Minderheiten im allgemeinen verschlechtert habe. Von Lettland mußte er löblicherweise zugestehen, daß man dort schon eine immerhin erträgliche Lösung gefunden hat, so daß es der deutschen Minderheit in Lettland möglich wurde, sich aktiv zum Lettischen Staate einzustellen, so daß von dieser Seite aus wohl kaum Erschwernisse für Lettland zu erwarten sind.

Wie Herr Schiemann gleichzeitig feststellte, hat allerdings die Anzahl der Beschwerden der Minderheiten beim Völkerbunde nachgelassen. Er hat aber gleichzeitig den Nagel auf den Kopf getroffen, als er dazu die Erklärung abgab, daß bei den Minderheiten der Grund zu Klagen nicht geschwunden ist, sondern daß diese nur das Vertrauen zum Völkerbunde verloren haben. Das ist eine Feststellung, die sich immerhin der Völkerbund gesagt sein lassen muß. Hier hat der Völkerbund ein Urteil von Leuten, die nach den Statuten des Völkerbundes durchaus als seine Schützlinge zu gelten haben.

Der Minderheitenkongreß fällt mit den Beratungen des Völkerbundrates zusammen. Von verschiedenen Seiten wird das als ein Mangel hingestellt, weil sich die Minderheiten dadurch der so wichtigen Resonanz durch die Presse begeben. Es wäre vielleicht praktischer gewesen, die Tagung vorher abzuhalten, um gewissermaßen dem Völkerbundrate die Wünsche der Minderheiten in den gefaßten Beschlüssen vorlegen zu können. Ein Hinderungsgrund für diese frühere Tagung des Minderheitenkongresses war allerdings die Interparlamentarische Union und es ist zu hoffen, daß der Völkerbundrat wenigstens an den Anregungen dieser Union nicht vorübergeht.

Für uns Deutsche ist die Minderheitenfrage besonders eine Frage des Herzens geworden. Durch die Friedensverträge sind so viele deutsche Volksgenossen unter die Herrschaft fremder Nationalitäten gekommen, daß man direkt sagen kann, daß die Minderheitenfrage für Europa auch eine deutsche Frage geworden ist. Aus diesem Grunde ist es kein Wunder, wenn alle Staaten mit einer großen deutschen Minderheit nur Gegner dieser Minoritätenbewegung sind und es bei den Völkerbundverhandlungen so darstellen, als ob es sich hier um Bagatellen und letzten Endes um innere Angelegenheiten des betreffenden Staates handelt. Besondere Querreibereien wurden immer von den Polen gemacht, die auf dem letzten Minderheitenkongreß insofern eine Sabotage versuchten, als sie durch Konstruktion einer friesischen Minderheit in Deutschland ein neues unterdrücktes Volk gefunden zu haben glaubten und dann unter Protest mit einigen anderen den Saal verließen, als man den Friesen das Recht der Vertretung auf dem Minderheitenkongreß nicht zugestehen wollte.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht anzunehmen, daß auch diese Minoritätentagung Wesentliches an dem Geschicke der nationalen Minderheiten ändert. Doch werden hoffentlich die Reden nicht überall ungehört verhallen. Sie sollten dazu dienen, das Gewissen der Welt aufzurütteln, der man zeigt, wie von verschiedenen Seiten versucht wird, der Minderheit ihr höchstes Gut, ihre Sprache, zu rauben. Von italienischer Seite wird ja immer hervorgehoben, daß es für Italien bei der geringen prozentualen Anzahl von fremden Elementen keine Minderheitenfrage gibt. Hier wird immer vergessen, daß es sich nicht um über das ganze Land zerstreute vereinzelte Individuen, sondern, wie in Südtirol, um große Komplexe mit eigener Kultur und eigener Sprache handelt. Vielleicht lassen sich alle die Staatsmänner, die da glauben, durch Zwang eine Minderheit entwurzeln zu können, die Worte Schiemanns durch den Kopf gehen, der besonders unterstrich, daß man mit Gewalt nie eine Assimilation erreichen kann, daß man dagegen durch wohlwollendes Eingehen und Verständnis für die nationale Eigenart der Minderheit es erreichen kann, daß diese, auch wenn sie zwangsweise dem neuen Wirtschaftsstaate eingegliedert ist, doch ein treues Element dieses Staates wird.

Deutsch-polnische Konferenz in Berlin.

Parlamentarische Aussprache.

Im Rahmen der Tagung der Interparlamentarischen Union zu Berlin kam es am Montag und Dienstag auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280830-12/fragment/page=0001

Veranlassung der Mitglieder der polnischen Delegation zu Besprechungen zwischen den Mitgliedern der deutschen und der polnischen Delegation. Die Verhandlungen leitete Reichstagspräsident Löbe.

Nach längerer Debatte wurde folgende Veröffentlichung beschlossen:

„Anläßlich der Tagung der Interparlamentarischen Union fanden auf beiderseitigen Wunsch Besprechungen zwischen Delegierten der polnischen und denen der deutschen Gruppe statt. Sie bezogen sich zunächst und vornehmlich auf den deutsch-polnischen Handelsvertrag und seine Voraussetzungen. Dabei wurden aber auch politische Fragen und solche kultureller Annäherung der beiden Staaten untereinander besprochen. Es wurde die Möglichkeit der Fortsetzung eines unmittelbaren Kontaktes der Parlamentarier beider Staaten in Aussicht genommen. Auf beiden Seiten wurde es dankbar empfunden, daß diese Aussprache stattfinden konnte."

Interparlamentarische Union.

Keine Beschränkung des Parlamentarismus'.

Nach der Erledigung der Aus- und Einwandererdebatte, wobei die Entschließung des Berichterstatters auf Schaffung von gegenseitigen Verträgen angenommen wurde, beriet man über die von dem ägyptischen Delegierten Makram Ebeid Bei in der Vollversammlung eingebrachte Entschließung gegen die gesetzwidrige Ausschaltung des Parlaments. Nach längerer Aussprache beschloß der Unionsrat, der Konferenz eine Entschließung vorzulegen, die jeden gesetzwidrigen Akt ablehnt, der das parlamentarische Regime dauernd oder vorübergehend aufzuheben beabsichtigt. Eine Änderung des parlamentarischen Systems könne sich nur auf die Verfassung des betreffenden Landes stützen.

Rechte und Pflichten der Staaten.

Zu diesem auf der Tagesordnung des letzten Vollsitzungstages am Dienstag stehenden Thema haben sich 22 Redner gemeldet. Zunächst nimmt der Berichterstatter Senator Le Fontaine (Belgien) das Wort. Er legt die Entschließung der Kommission vor, nach der unter anderem alle Streitigkeiten zwischen Staaten, die nicht gütlich beigelegt werden können, in einem gerichtlichen Verfahren erledigt werden sollen. Leider mache sich überall in der Welt die Stärkung der nationalen Tendenz bemerkbar. Professor Schücking-Deutschland legte einen Antrag vor, wonach in der Entschließung u. a. gesagt werden soll, daß territoriale Veränderungen nur gemäß dem internationalen Recht stattfinden dürften. Wenn wir, so schloß der Redner, uns nicht in fortschrittlicher Weise zusammenfinden, um diese schwierigsten Fragen zu lösen, so fürchte ich, werden alle Kellogg-Pakte nicht genügen, um den Frieden zu erhalten.

Montag abend veranstaltete die preußische Staatsregierung zu Ehren der Teilnehmer an der Interparlamentarischen Union eine Festvorstellung. Die Teilnehmer an der Konferenz hatten der Einladung vollzählig Folge geleistet. Unter den Gästen sah man u. a. die Gattin des Reichskanzlers Müller, Reichsminister Koch, Reichstagspräsident Löbe. Das Diplomatische Korps war fast vollzählig erschienen — Der italienische Botschafter Graf Aldrovandi gab in den Räumen der Botschaft zu Ehren der italienischen Parlamentarier, die sich zurzeit in Berlin aufhalten, ein Frühstück.

Berzewiczy-Ungarn legt einen Abänderungsantrag vor, nach dem in der Entschließung an der Stelle, wo sie von den territorialen Verschiebungen spricht, das Wort „Bevölkerung" statt „Nation" gesetzt werden soll. Professor Pella-Rumänien wünschte eine Ergänzung der Entschließung dahin, daß internationale Verträge nur auf friedlichem Wege geändert werden dürfen.

Telegramm Briands.

Von dem französischen Außenminister Briand ist aus Paris ein Telegramm eingetroffen, in dem er für die gesandte Botschaft der Interparlamentarischen Union im Namen seiner Kollegen und im eigenen Namen dankt und die Hoffnung ausdrückt, daß die vollkommene Anwendung derjenigen Grundsätze zustande kommt, die die Interparlamentarische Union stets geleitet haben. Das Telegramm wurde von der Konferenz mit Beifall aufgenommen.

Breslauer Reichsbanner nicht beim Empfang Hindenburgs.

Reichspräsident und Stahlhelm.

Vor einiger Zeit hatten die Breslauer Sozialdemokraten beschlossen, sich nicht am Empfang des Reichspräsidenten bei seiner Schlesienreise zu beteiligen. Gleichzeitig verweigern sie im Breslauer Stadtparlament die Mittel für einen Empfang durch die Stadt. Montag berief nun der Ortsverein Breslau des Reichsbanners eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, um zu der gleichen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Gauvorstand hatte unter Hinzuziehung des Vorstandes des Ortsvereins den Beschluß gefaßt, daß sich das Reichsbanner an allen anläßlich der Anwesenheit Hindenburgs in Breslau stattfindenden Feierlichkeiten nicht beteiligen soll. Die Ortsgruppenversammlung faßte nach längerer Debatte den Beschluß, der Entscheidung des Gauvorstandes beizutreten und Einladung wie Aufforderung zum Empfang des Reichspräsidenten abzulehnen. Als Grund für diese Entscheidung wird angeführt:

Die Ortsgruppe Breslau des Reichsbanners bedauert, daß Reichspräsident Hindenburg seine Stellung zum Stahlhelm, dessen Ehrenmitglied er ist, immer noch nicht geändert hat. Das Reichsbanner als republikanische Organisation kann nicht verstehen, nachdem, wenn auch in verschleierter Form, in der Stahlhelmbotschaft anläßlich des Reichsfrontsoldatentages in Hamburg von einer gewaltsamen Änderung der Verfassung die Rede war, daß der Reichspräsident, der den Schwur auf die Verfassung abgelegt hat, keine Veranlassung nimmt, sich von dem verfassungsfeindlichen Stahlhelm zu trennen. Das vom Reichspräsidenten selbst angefertigte und abgesandte Begrüßungs- und Glückwunschtelegramm anläßlich der Stahlhelmfeier in Oppeln am 1. Juli ist leider ein Beweis der mangelnden Neutralität des Reichspräsidenten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Parteigericht und Fall Lambach.

Der deutschnationale Abg. Lambach, der wegen seines bekannten Artikels über Monarchismus und Republik vom Landesverband Potsdam der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen worden war, hat sich Mittwoch in der Berufung vor dem Obersten Parteigericht der Deutschnationalen Volkspartei zu verantworten. Der Entscheidung ist weittragende Bedeutung beizulegen, zumal verlautet, daß der auf Ausschluß lautende Spruch des Landesverbandes Potsdam aufgehoben und statt dessen die von der Reichstagsfraktion ausgesprochene Rüge aufgenommen wird. Das Oberste Parteigericht tagt unter Vorsitz des Abg. Schultz-Bromberg. — Eine soeben stattgefundene Führerversammlung der deutschnationalen Arbeitnehmervereinigungen sprach sich entschieden gegen die Ansichten des Abg. Lambach aus.

Regierungsverhandlungen in Thüringen.

Der vom Landtagspräsidium bestellte Unterhändler, Abgeordneter Krüger (Dem.), hat die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Landtagsfraktionen aufgenommen. Zunächst stellte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion die Grundfrage, ob und welche der bisherigen Regierungskoalitionsparteien zu einer Erweiterung der Koalition mit der Sozialdemokratie bereit seien. Abgeordneter Krüger war ermächtigt, offiziell mitzuteilen, daß alle vier bisherigen Koalitionsparteien — Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Landbund — grundsätzlich zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie bereit seien.

Aus In- und Ausland

Altona. Auf Grund des Amnestiegesetzes vom 14. Juli dieses Jahres hat die Strafkammer des Landgerichts Altona das Verfahren gegen den Reichsführer der Bismarck-Jugend der Deutschnationalen Volkspartei, H. O. Sieveking, wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz niedergeschlagen.

Peking. Schwere Kämpfe sind zwischen den chinesischen Nordtruppen und den siegreichen Nationalisten im Gange. Viele Verwundete treffen in Peking und in Tientsin ein. Der General der Nordtruppen, Tschangsunfuschang, hält die Eisenbahn zwischen Mukden und Tientsin besetzt.

Ein Festtag für Roßleben.

Weihe des Jugendheims.

II.

Nach Beendigung des Weiheaktes wurde die auf der Nordseite des Heims befindliche Eingangspforte geöffnet und in kleineren Trupps betraten zunächst die Behördenvertreter und ihnen folgend die anderen Gäste die inneren Räume. Von unten bis oben wanderte die lange Kette der Beschauer, jedes Zimmer, jede Ecke wurde besichtigt und immer und immer wieder hörte man aus Sachverständigenmund wie aus Laienmunde Worte höchster Anerkennung über den zweckmäßigen Plan und Ausführung der Räume und ihrer inneren Einrichtung. Am längsten verweilten wohl alle auf dem nach Süden liegenden Balkon, der eine unbeschreiblich schöne Aussicht über das weite Unstruttal bietet. Während die Nordseite des Heims einen wohltuenden Blick auf den langgestreckten, nahebelegenen Ziegelrodaer Forst bietet, erschaut man vom Balkon aus im Osten zunächst die größte Industrieanlage im Unstruttal, die Kaligewerkschaft Roßleben, es ist dem Beschauer ermöglicht, einen Blick durch die Steinklöbe zu genießen, der historische Wendelstein und die Kaiserpfalz, die sich als Rückenlehne die Orlasberge erkoren haben, grüßen herüber, vor uns zu Füßen liegt das betriebsame Dorf Roßleben mit seiner berühmten Klosterschule, mit seinen das Bild belebenden vielen Siedlungsneubauten, der ausgedehnten Bahnhofsanlage und den das Auge durchaus nicht störenden Fabrikanlagen. Ein heller Silberstreifen, wie auf einen Teppich gelegt, taucht auf, es ist die Unstrut, die das Tal in zwei Teile trennt und durch ihre zahlreichen Krümmungen den Reiz des Landschaftsbildes steigert. Jenseits dieses Silberbandes, dicht angelehnt an die Hügelreihe des Finnegebirges sieht man das blitzsaubere Städtchen Wiehe mit seinen Nachbarorten Allerstedt, Wohlmirstedt zur Linken, Hechendorf, Langenroda und Donndorf zur Rechten, hinter dem letzteren Ort, wiederum Bergrücken — die sog. Schmücke — als Deckung auserkoren, schaut Kloster Donndorf. Wahrhaft ein Panorama, wie es schöner der Wanderer sich nicht erdenken kann. Wenn nun vollends unsere Bottendorfer Nachbarn dem Jugendheim eine Freude machen und ihren die Aussicht nach dem Kyffhäuserdenkmal verdeckenden Berg — wohl die Bottendorfer Alpen genannt — auf einige Meter tiefer planieren würden, dann gäbe es bezüglich der Aussichtsfrage überhaupt keinen Wunsch mehr!

Nachdem die Besichtigung der Innenenrichtung von der Mehrzahl der Gäste beendet war, begann im Gartenteil des Grundstücks das für diesen Tag von Studienrat Blüher-Mücheln geschriebene Festspiel: **„Der Ritter vom Rabiswalde".** Dem Festspiel ging ein Vorspiel voraus, für das als Ort der Handlung der Vorplatz der Burg Beichlingen gedacht ist. Als Personen des Vorspiels treten nach der Sage auf: der Ritter und Sänger Peter von Nebra, je ein Ritter von Beichlingen, von Winzingeroda, von Helfta, von Bennungen und Eginbard. Der singende Peter von Nebra wird in diesem Vorspiel als Förderer des Wandertriebes der heutigen Jugend dargestellt. — Das Hauptspiel greift dagegen tiefer in den reichen Sagenschatz der Geschichte Roßlebens und seiner Umgebung. Die Burg Rabiswald, von der heute nur noch Mauerreste von einstiger Größe und Macht zeugen, ist besonders in der Sage über das Unstruttal verankert. Es wird der Bau dieser Ritterfestung in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts verlegt, ihr Bestand aber soll nur 100 Jahre gewährt haben. Das die Burg beherrschende Rittergeschlecht erwies sich geradezu als ein Schrecken für die Bewohner der umliegenden Niederlassungen, so auch der von Roßleben, die Feinde gegen den „schwarzen Rab" von Rabiswald mehrten sich von Jahr zu Jahr, sie vereinten sich zum Kampfe gegen ihn, konnten aber niemals seine feste Burg bezwingen. Da endlich gelang es ihnen, den Gegner aus seinem Versteck zu locken. Er stellte angeblich einer im Roßleber Nonnenkloster untergebrachten schönen Nonne nach, und dies wurde sein Verhängnis. Im Walde, der sich bis an die Tore des damaligen Roßlebens ausdehnte, etwa bis zum Friedhof, gerade an der Stelle, wo das Jugendheim steht, gelang es, den „schwarzen Rab" in einen Kampf um die schöne Nonne zu verwickeln, in dem er den Tod fand.

Noch immer stand die Burg unbezwungen jenseits der Unstrut, aber auch diese wurde durch List eingenommen — und wie man zu sagen pflegt — dem Erbboden gleichgemacht. Die vielen Ritterkostüme gaben dem Spiel einen schönen Anreiz und erhöhten so die Wirkung des Spiels, das von den Spielern mit echt ritterlicher Geste ausgeführt wurde. Es ist wohl zu hoffen, daß in Vereinskreisen dieses echt heimatliche Stück bei passender Gelegenheit einmal wiederholt wird.

Nach diesem Festspiel fanden Tanzaufführungen von Querfurter und Nebraer Tanzschulen statt. Beide Gruppen bekundeten in ihren heiteren Mienen beim Spiel, daß der Tanz in volkstümlichen Formen als der beste Sonnenschein fürs jugendliche Herz sich auswirkt und allseitige Förderung verdient.

Der Abend rückte immer näher, die Sonne zog sich bereits hinter die Bottendorfer Alpen zurück, als die Festteilnehmer einzeln oder in Trupps den Festplatz verließen. Eine größere Anzahl der Gäste fand sich im Hotel „Zur Weintraube" noch einmal zum Abendessen und zu einem Austausch über die Eindrücke des Tages zusammen. Das von Querfurt gekommene große Schmiedehausensche Verkehrsauto mußte mehrere Male fahren, um die große Zahl Querfurter Festteilnehmer wieder heimzubringen.

Aus der Umgegend

Nebra, 30. August.

— **Schönheitskonkurrenz.** „Auch ich war ein Jüngling im lockigen Haar!" wird gewiß mancher Leser ausrufen, wenn er heute die Einladung der Bad Rastenberger Kurverwaltung liest, die nun für viele zu spät kommt, weil ihre Schönheit dahin ist. Ja so etwas — Schönheitskonkurrenz — gab's früher nicht, das ist erst eine Errungenschaft der Neuzeit. Und wer soll Preisrichter sein? Bei den Damen doch die Herren, bei den Herren dagegen die Damen. Welch süße Sache das ist!, gewiß ein Amt, nach dem riesiger Andrang sein wird.

— **Kommunalwahlen.** Die kommunalen Neuwahlen in Preußen werden nach einem Beschluß des preußischen Staatsministeriums erst am 2 Dezember stattfinden, da der Entwurf über die Festsetzung der Gemeindewahlen, der auch eine Neuwahl der Provinziallandtage und Kreistage vorsieht, vom Landtage erst im Laufe des Oktober verabschiedet werden kann. Der Entwurf sieht eine Neuwahl bis zum 31. Dezember vor. Die Bildung der neuen kommunalen Körperschaften wie Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertreterversammlungen, der Provinziallandtage und Kreistage kann also noch im Laufe des Dezember erfolgen, so daß die neue Wahlperiode mit dem 1. Januar 1929 beginnen kann.

Wiehe. Die Schulausflüge werden durch Benutzung der neuen Verkehrsmittel für die daran teilnehmenden Kinder immer interessanter und wohl auch lehrreicher. Einige der Schulen im Unstruttal haben zu ihren Ausflügen den auf der Unstrut verkehrenden Personendampfer des Herrn Leißring-Bottendorf benutzt und Lehrer wie Kinder sind sehr befriedigt worden, unsere Schule, wenigstens die oberen Klassen, unternahm in vergangener Woche einen Ausflug mit unserer Kraftpost. Die Fahrt ging „Rund um den Kreis Eckartsberga", berührte u. a. Bibra, Eckartsberga, Rastenberg, Kölleda, von da zurück nach Wiehe.

Heldrungen. Das Gasthaus „Gute Quelle" ist käuflich in den Besitz des Gastwirts Meyer aus Allstedt übergegangen. Der bisherige Besitzer, Gastwirt Franz Brandt, zieht nach Erfurt, um dort eine Gaststätte zu übernehmen.

Sangerhausen. [Selbstmord eines Arztes.] Sonnabend nachmittag gegen ½5 Uhr fand die Frau des Gastwirts Michael in Grillenberg auf einem Spaziergange im Walde nahe am Turnberg die Leiche des bekannten Sangerhäuser Arztes Dr. Wilhelm Hüne. Wie festgestellt wurde, ist Dr. Hüne den Tod von eigener Hand gestorben und zwar hat er sich starke Morphiumspritzen beigebracht. Die Leiche muß schon seit den Morgenstunden im Walde gelegen haben. Dr. Hüne stand Ende der Fünfzäger Jahre. Wegen seiner Derbheit war er namentlich auf dem Lande volkstümlich. — Eine Krankenkasse hatte in diesen Tagen entdeckt, daß sich in den Liquidationen Dr. Hünes Unstimmigkeiten befanden, die sich auf Jahre zurück erstrecken. Hierin scheint die Erklärung der Tat zu liegen. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde auf der Straße von Niestedt nach Emseloh der 25jährige Paul Gautz aus Emseloh mit einer schweren Hiebwunde bewußtlos aufgefunden. Er starb kurze Zeit darauf. Gautz war mit mehreren Burschen aus seinem Heimatort zu einem Tanzvergnügen von Niestedt aus auf dem Nachhausewege begriffen, blieb dann zurück und wurde einige Zeit darauf von später von dem Vergnügen Zurückkehrenden aufgefunden. Man nimmt an, daß Gautz, der eine Hiebwunde, wahrscheinlich von einem Schlagring herrührend, aufwies, mit drei bisher unbekannt gebliebenen Radfahrern, die auf der Straße gesehen wurden, in Streit geriet und von diesen niedergeschlagen wurde. Die Untersuchung ist im Gange.

Naumburg. Vor dem Großen Schöffengericht in Naumburg hatte sich der Gastwirt und Gemeindevorstand Franz Leisering aus Zeitsdorf zu verantworten. Es war ihm zur Last gelegt, 6000 RM. Gemeindegelder unterschlagen zu haben. Er hatte, um sich sein Grundstück zu erhalten, eine heimliche Anleihe gemacht mit der Absicht, das Geld zu ersetzen. Wegen Unterschlagung im Amte wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe soll ihm auf 3 Jahre ausgesetzt werden unter der Bedingung, daß er bei guter Führung jährlich 400 Mark, zusammen 1200 Mark, an die Gerichtskasse bezahlt.

Merseburg. Am 23. ds. Mts. passierte einem Reisenden im Schnellzuge zwischen Halle und Merseburg folgender schwerer Unfall: Der Reisende stand am offenen Fenster des in voller Fahrt befindlichen Schnellzuges. Er hatte den linken Unterarm auf die Brüstung des Fensters gelegt, so daß die linke Hand zur Hälfte aus dem Zuge ragte. Bei der Kreuzung auf freier Strecke mit einem Schnellzug verspürte der Reisende plötzlich bei der Begegnung mit der Maschine des Zuges einen heftigen Stoß am Arm. Dieser hing dann völlig durchgebrochen aus dem Fenster. Der Verletzte unterbrach seine Reise in Merseburg, wo ihm von einem Arzt ein Notverband angelegt wurde, und kehrte mit dem nächsten Schnellzuge nach seinem Wohnort zurück.

Leipzig. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag auf dem Bahnhof Großstädteln. Als der Personenzug Leipzig-Meuselwitz, der 8.28 Uhr von Leipzig abfährt, die Station Großstädteln verließ, wollte der Zugführer Emil Kretzschmar aus Meuselwitz noch in sein Abteil springen, verfehlte aber das Trittbrett und kam unter die Räder; er war sofort tot. Das Zugpersonal hatte den Unfall nicht bemerkt. In Geschwitz wurde der Zugführer vermißt. Ein Schaffner meinte, wir haben unseren Zugführer verloren, er scheint in Großstädteln zurückgeblieben zu sein. Auf sofortige Rückfrage in Großstädteln erfuhr das Zugpersonal, daß der Zugführer tödlich verunglückt sei.

Arnstadt. Im nahen Branchewinda brannte in den frühen Morgenstunden des Sonntag das Mühlengebäude der Witwe Ehemann vollkommen nieder. Die Bewohner des Grundstückes vermochten sich kaum zu retten, der Sohn der Besitzerin erlitt schwere Brandwunden.

Goslar. Drei Knaben aus Schladen, die Schüler Schlieper, Schrader und Borchers, die Pilze sammelten, versuchten ihre Namen in das Gestein der Waldmännchen-Höhle einzuritzen, als ein großer Felsblock herabfiel und alle drei verschüttete. Borchers kam mit geringen Verletzungen davon und konnte aus Beuchte Hilfe herbeiholen. Ein Motorradfahrer und ein Lastauto aus Goslar waren bald zur Stelle. Inzwischen hatte sich auch Schrader trotz seiner schweren Verletzungen selbst befreit. Schlieper starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus in Goslar. Auch Schrader liegt im Krankenhaus schwer darnieder.

Zahna (Kr. Wittenberg). In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde die Geschäftsführung der Stadtsparkasse Zahna durch den Bürgermeister Fleischhauer scharf kritisiert. Es sollen Kredite bis zu 100 000 RM. teils ohne Deckung, teils ohne genügende Deckung gewährt worden sein. Auch soll ein Beamter der Stadtsparkasse, der nach Gruppe 6 zu besolden war, nach Gruppe 8 bezahlt worden sein. Es wurde eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt.

Nah und Fern

○ **Eine Mordtat nach fünf Jahren aufgedeckt.** Im Kreise Rybnik ist nach fünf Jahren eine grausige Mordtat aufgedeckt worden. Im Jahre 1923 wurde ein Mann tot in einem Brunnen aufgefunden und man nahm an,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280830-12/fragment/page=0002

daß es sich um Selbstmord handelte. Wie es sich jetzt herausstellte, ist der in dem Brunnen gefundene Mann ermordet worden. Der Mörder hatte nach dem Mord die Ehefrau des Getöteten geheiratet. Die Ehe war aber nicht besonders glücklich. Jetzt hat die Frau, um sich an dem zweiten Mann zu rächen, das grausige Ende ihres ersten Mannes aufgedeckt.

○ **Der geheimnisvolle Schütze in Ostpreußen.** Der Oberlandjäger Kusserow wurde auf der Landstraße bei Gutenfeld in Ostpreußen im Chausseegraben erschossen und beraubt aufgefunden. Man vermutet, daß auch dieser Mord von demselben Unbekannten begangen worden ist, der auf dem Tapiauer Bahnhof den Reichsbahnassistenten Berg erschossen und in der letzten Zeit wiederholt Raubüberfälle in der Umgebung von Königsberg verübt hat.

○ **Schweres Explosionsunglück.** Auf der Zeche Wilhelmine-Viktoria in Gelsenkirchen-Hessler ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. In der großen im Bau befindlichen Kesselhausanlage werden zurzeit große Wasserbehälter im Innern durch maschinelles Spritzverfahren mit einer Farbmasse versehen. Während dieser Arbeit ereignete sich plötzlich eine gewaltige Explosion, durch die einer der großen Wasserbehälter völlig zertrümmert wurde. Ein Arbeiter blieb auf der Stelle tot liegen, ein zweiter Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er inzwischen verstorben ist; weiter wurden drei Arbeiter schwer verletzt. Die Explosion, die weithin vernehmbar war, hatte solche Gewalt, daß die Betondecke des Kesselhauses glatt durchschlagen wurde. In der Umgebung des Kesselhauses wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

○ **Hornissen verursachen einen Autounfall.** Ein mit acht Personen besetzter Reisewagen aus Überlingen wurde von einem Schwarm Hornissen angegriffen. Bei der Abwehr der Tiere verlor der Chauffeur die Herrschaft über den Wagen und fuhr auf einen Baum auf. Die Insassen trugen sämtlich schwere Verletzungen davon.

○ **Von einem Selbstmörder verletzt.** In Wien stürzte sich ein Fabrikant aus dem 5. Stockwerk eines Hotels in die Tiefe. Im Sturze durchschlug er das Vordach eines Cafés und blieb auf der Stelle tot liegen. Einem Oberkellner, der zum Schutze den Arm vorhielt, wurde dieser zweimal gebrochen.

○ **Fischfang mit Handgranaten.** Ein polnischer Soldat schickte seinen Eltern in Chelm ein Paket, in dem drei Handgranaten enthalten waren, mit der Weisung, diese Sprengkörper zum Fischfang zu benutzen. Der Vater schickte sich zu einem Versuch an. Beim Hantieren mit einer Handgranate explodierte diese und riß ihm den linken Arm heraus, während seine Frau schwer verletzt wurde. An dem Aufkommen der beiden Schwerverletzten wird gezweifelt.

○ **Bewaffnete Begleitung für Landärzte.** Die Behörden von Tver haben sich mit einem Bittgesuch an die russische Regierung gewandt, in dem sie um wirksameren Schutz der in der Provinz beschäftigten Ärzte ersuchen. Die Ärzte würden bei Ausübung ihrer Pflichten von der Bevölkerung behindert und durch Heilpfuscher verletzt sowie tätlich angegriffen. Die Weigerung der Ärzte, ohne bewaffnete Begleitung zur Hilfeleistung zu fahren, habe bereits den Charakter von Massenerscheinungen angenommen. Die Miliz beamten reichten für den persönlichen Schutz der Ärzte nicht mehr aus.

○ **Athen ein großes Krankenhaus.** In Griechenland ist eine Fieberepidemie ausgebrochen, die unglaubliche Dimensionen angenommen hat. Athen gleicht einem einzigen großen Krankenhaus. Von der Athener Bevölkerung von 700 000 Personen sind rund 150 000 erkrankt. Insgesamt beträgt die Zahl der Kranken in Griechenland etwa 200 000. Die Erkrankungen sind nicht sehr gefährlicher Natur, aber die außerordentliche Ausbreitung macht alle Anstrengungen der Gesundheitsbehörden hinfällig. Der tägliche Brotverbrauch in Athen ist infolge der Massenerkrankungen von etwa 500 auf 125 Tonnen zurückgegangen.

○ **Im Auto verbrannt.** In der Nähe von Newnham ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem Rundfahrtauto und einem Privatkraftwagen. Dabei fing der Privatwagen Feuer, seine zwei Insassen kamen in den Flammen um. Von den 25 Insassen des Rundfahrtautos wurde niemand verletzt.

○ **2500 Mekkapilger umgekommen.** Nach Meldungen aus Batavia sind von 35 000 Pilgern, die aus Holländisch-Indien nach Mekka gezogen waren, ungefähr 2500 infolge von Krankheiten und Erschöpfung teils in Mekka, teils an Bord der Schiffe gestorben.

London. Ein Zug stieß auf dem Londoner Eustonbahnhof mit großer Wucht auf die hydraulischen Puffer auf. Dabei wurden der erste und der zweite Wagen des sehr langen Zuges teilweise ineinandergeschoben. Auch der dritte Wagen wurde beträchtlich beschädigt. 30 Personen wurden verletzt, davon jedoch nur wenige schwer.

Ein neunjähriger Kindesmörder.

Bochum. Ein neunjähriger Knabe in Bottrop trug ein zweieinhalbjähriges Kind auf den Armen durch einen Teich. Kurz vor dem jenseitigen Ufer setzte er das Kind ins Wasser und ging zurück. Er beobachtete dann vom Ufer aus, wie das Kind ertrank. Der Vorfall wurde erst bekannt, als der Vater den Tod seiner Tochter beim Standesamt anmeldete. Die Kriminalpolizei vernahm den Knaben, der ein verstocktes Wesen zur Schau trug. Es konnte bisher nicht festgestellt werden, aus welchem Grunde die Untat erfolgt ist.

Herr und Hund als Lebensretter.

Mainz. Eine brave Tat vollbrachten ein Herr und sein Terrier in Biebrich. Auf dem Rhein schlug ein Paddelboot um und seine Insassen, ein Ehepaar und sein vierjähriges Kind, fielen ins Wasser. Da keiner von ihnen schwimmen konnte, kamen sie in höchste Lebensgefahr. Da nahte sich im letzten Augenblick ein Radfahrer mit seinem Hund. Beide sprangen rasch entschlossen ins Wasser, und während der Herr die beiden Erwachsenen ans sichere Land brachte, apportierte der treue Terrier das Kind und rettete es so vom Tode des Ertrinkens. Ehe die Geretteten noch danken konnten, waren die beiden Retter wieder verschwunden.

Das Ausland auf der Leipziger Messe.

In Leipzig sind weitere zahlreiche Einkäufer aus dem In- und Auslande eingetroffen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wird die Zahl der ausländischen Einkäufer zweifellos höher werden als im Vorjahre. Insgesamt wird auf der diesjährigen Herbstmesse mit 13 000 ausländischen Einkäufern zu rechnen sein. Vor allem herrscht das benachbarte Ausland vor. Indessen sind aus Südamerika und Spanien noch mehr Einkäufer anwesend als zur letzten Frühjahrsmesse.

Zum Studium der Messe sind die aus allen Ländern Europas stammenden etwa 100 Teilnehmer des 10. Internationalen Wirtschaftskursus eingetroffen, der zurzeit in Braunschweig stattfindet.

Die tägliche Chronik der Autounfälle.

Ein Auto, das mit 20 von einer Hochzeit heimkehrenden Personen besetzt war, fuhr bei Rottweil am Neckar mit solcher Heftigkeit gegen einen über der Straße hängenden Baumast, daß vier Personen schwer verletzt wurden. Eine starb kurz darauf. Die anderen drei Schwerverletzten schweben in Lebensgefahr.

Am Waldenburger Berg in Sachsen geriet ein mit 20 Ausflüglern aus Gotha besetztes Auto infolge Versagens der Bremse ins Schleudern und stürzte in einer Kurve die Böschung hinab. Acht Personen wurden schwer verletzt, während die übrigen mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Auf dem Wege von Amsterdam nach Utrecht fuhr ein dichtbesetzter Autobus gegen einen Baum. Dabei wurden acht Personen leicht und zwei schwer verletzt.

Kultusminister Becker in England.

Der preußische Kultusminister Professor Dr. Becker ist als Vertreter der Reichsregierung zur Teilnahme am 17. Internationalen Orientalistenkongreß, der Montag in Oxford eröffnet wurde und bei dem über 200 Delegierte aus allen Teilen der Welt anwesend sind, in London eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Legationssekretär Dr. Feine als Vertreter des Botschafters empfangen. Der deutsche Botschafter Sthamer gab zu Ehren Professor Beckers ein Frühstück auf der Botschaft, zu dem eine Reihe englischer und deutscher Persönlichkeiten geladen war.

Reichstag erst Oktober oder November.

Der Ältestenrat des Reichstages hielt am Montag eine kurze Sitzung ab, um über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zur Erörterung des Panzerkreuzerbaues zu entscheiden. Keine andere Partei schloß sich diesem Verlangen an. Es bleibt daher bei den bisherigen Dispositionen, nach denen der Reichstag erst im Oktober oder November wieder zusammentreten soll. Über den Panzerkreuzerbau selbst wurde sachlich gar nicht gesprochen. Auch die Frage wurde offen gelassen, ob der Reichstag etwa später noch einmal zum Bau des Panzerkreuzers Stellung nehmen soll.

Die Zeitzer Verfassungsfeier.

Die auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Grützner vorgenommenen eingehenden kriminalpolizeilichen Ermittelungen über die bekannten Vorkommnisse bei der Verfassungsfeier in Zeitz haben ergeben, daß der Stellmacher Elm in Zeitz am Nachmittag des 11. August 1928 in einem unbewachten Augenblick die im Festsaal bereits aufgestellte Büste des Reichspräsidenten von Hindenburg entfernte und versteckte, so daß sie erst nach der Feier aufgefunden werden konnte. Elm ist Mitglied des Reichsbanners Zeitz, hat jedoch nach den Ergebnissen der Ermittelungen seine Tat völlig aus eigenem Entschluß und allein begangen. Die Akten werden unverzüglich der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Veranlassung des Weiteren übergeben werden.

Johanna Martin

„Die Ehe".

Verlag W. Schneider, Querfurt.

Zu beziehen durch die Buchhandlung W. Sauer, Roßleben.

Preis 0,40 Mk.

In Heft 8 der Schriftenreihe „Die deutsche Frau in Familie, Volk und Staat" gibt die Herausgeberin, Frau Johanna Martin, Zeitz, eine tiefgefaßte, tiefgesehene Darlegung vom Wesen der Ehe, deren Zweck und Aufgabe. Als „Seelenkennerin", „Seelsorgerin", wie die Autorsiin oftmals genannt wird, schürft sie auch hier nach dem Seelischen als Kraft, als Erlebnis, als Höchstes der Menschheit. Ehe als naturgegebene Gemeinschaft, Ehe als Lebensgemeinschaft, als unlösliche Verknüpfung von Sinnlichem und Seelischem, in Ausschließlichkeit und Dauer gegründet als höchste Form geschlechtlichen Lebens gibt vollkommenste Menschenerfüllung; vollkommenste Menschenschöpfung entsteht aus ihr; vollkommenste Menschengestaltung soll aus ihr entwickelt werden.

Gewollte Unfruchtbarkeit der Ehe, Vernichtung des keimenden Lebens als Nichtachtung des Wesens, des Zweckes der Ehe, als Untergrabung der tiefeigensten Wesensart der Frau, wird in erschütternden Worten klargelegt.

Ehe: die Schule der Schulen, Ehe: Aufgabe und Amt, Ehe: Wesenserfüllung und Naturerfüllung — das sei sie allen, die in ihren Garten treten, denn Ehe trägt Gedeih und Verderben des Volkes in ihrem Schoß, — mit dieser Mahnung entläßt das Heft seine Leser.

In unserer Zeit der Ueberfeinerung der Bedeutung des Sexuellen ist dieses Heft ein Weckruf, ein Mahnwort von allergrößter Bedeutung, und sollte in jeder Familie, in Fortbildungsschulen und höheren Klassen höherer Schulen, in Jugendverbänden und in Jugendämtern, in Frauen- und Mütterverbänden allerweitestes Verbreitung und Beachtung finden.

Kursbericht vom 28. August 1928

mitgeteilt vom

Bankverein Artern, Sprengerts, Büchner & Co.,

Abteilung Nebra.

Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht.	51	%
" " " ohne "	16,75	"
7% „Prov. Sächs. Pfdbr. Goldpfandbriefe	84,75	"
8% " " " " " "	93,75	"
7% „Dtsch. Hyp.-Bank" Meiningen Goldpfandbr.	86,5	"
8% " " " " " "	94,8	"
7% „Mitteldeutsche" Boden-Credit A.-G., Goldpfandbr.	87,25	"
8% " " " " " "	95,25	"
Deutsche Bank	164,5	"
Dresdner Bank	166,5	"
Commerz- und Privatbank	184,5	"
Hallescher Bankverein	128	"
Hapag	160,75	"
Nordbeutscher Lloyd	151,75	"
AEG (Allg. Elektr. Ges.)	180,12	"
IG Farben	265,12	"
Ilse Bergbau	253,5	"
Mansfelder Bergbau	112,5	"
Riebeck Montan	157	"
Phönix Braunkohlen	87,5	"
Westeregeln Alkali	264	"
Leipziger Landkraftwerke	93,75	"
Kellstoff Waldhof	286	"
Wanderer-Werke	138	"
Adlerwerke	127,5	"
Riebeck-Brauerei	157	"
Braunschweigische Maschinen	81	"
Sturm A.-G.	74	"
Kyffhäuserhütte	53,25	"
Eisenwerk Brünner	29	"

Lache Bajazzo

ROMAN von J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU I. SA.

(39. Fortsetzung.)

Richthofen sah, wie mühsam Hettingen seine Erregung unterdrückte und wie schwer der Atem aus seiner Brust kam. Nach Sekunden gab er Antwort. „Poldl! — sag ihr, daß sie nicht kommen soll! Es wäre zwecklos! Ich kann nicht! Nie wieder! Ich müßte ihr nur wehe tun. Denn das, was ich dir anvertraue, würde ich ihr nie gestehen: daß ich sie noch immer liebe! — Ich habe mich ja mit Händen und Füßen gesträubt, in einer Zeit um sie zu werben, in der mein Vater mir eröffnete, daß ihr Geld die Firma retten könnte. Aber mit meiner Liebe hat das nichts zu tun gehabt. Ich hätte sie auch als mein Weib heimgeholt, wenn du ihr nicht einmal ein Hemd, sie zu bekleiden, geben könntest. In meinen Rock gehüllt, würde ich sie in mein Haus getragen haben! — Poldl, du ahnst nicht, was das heißt, den Glauben an die Frau verlieren zu müssen, die dir der Inbegriff alles Heiligen war und an der dein ganzes Herz gehangen hat und noch immer hängt. Und wissen, daß es kein Zusammenfinden mehr gibt! Nie wieder! Daß man verdammt ist, als Einsiedler durch die Welt zu gehen, um immer, wo sie am schönsten ist, an das erinnert zu werden, was einmal gewesen ist."

„So wenig Vertrauen hast zu meiner Schwester, trotz aller deiner Lieb, Achim!"

„Ja, so wenig Vertrauen! Es geht mir wie beim Feßmann. Ich bring's nicht fertig, zu ihm zu gehen! Selbst jetzt nicht — wo es Abschied zu nehmen gilt!"

„Und hast es doch nur ihm zu verdanken, daß d' nicht schon seit Wochen im Gottesacker draußen verfaulst!"

„Dem Feßmann?" Hettingens Blick wurde drohend.

„Ja, dem Feßmann! — Wann dir's noch niemand gsagt hat, dann sollst es von mir jetzt hören: drei Liter von seinem Blut tragst du in dir! — Die hat er sich wegnehmen lassen zu einer Transfusion, weil dich nur das hat retten können!"

„Der Feßmann!" Hettingens Blick wurde unklar verschwommen.

„Schau Joachim, und das andere, das du ihm so als Schuld anrechnest, das war ein Zufall — ein ganz unseliges Mißverständnis! Nix weiter! Suchn is er dich gangen an dem Abend dort, und damit er ja nicht zu spät an Südbahnhof naus kommt, hat er jeden Patienten fortgeschickt zu einem Kollegen. Unglücklicherweise bist du selber auch kommen. Im Gang war's finster. Er hat dich nicht erkannt — sein Herz hat nicht daran denkt, daß er dich auf die Straß stellt, wie er dem Arbeiter glagt hat, er soll zwei Häuser weiter gehn! — Grad, damit er dich ja nicht verfehlt! — Wo ist da noch ein Fünkerl Schuld, Achim! Und wenn du trotzdem meinst, er hat dich beleidigt, wann einer mit seinem Blut was wettmacht, das soll man dann vergessn sein lassn, mein ich! — Und so kenn ich dich doch net, daß du nicht verzeihn könntest, um keinen Preis!"

Hettingens Kopf war ganz herabgesunken. Mit beiden Händen zog er sich nach einer langen Weile Schweigens im Stuhle hoch. „Ich hatte keine Ahnung, daß ich es bin, der um Verzeihung zu bitten hat!"

„Braucht ihm ja nicht verratn, wer dir's glagt hat. Der ist fähig und macht mir die schönsten Grobheiten. Nicht einmal deiner Mutter hat man's mitteiln dürfn. Du wirst schaun, Alter, wenn du ihn siehst! Ganz grau und verbittert und wortkarg! — Geht alles auf dein Konto!"

„Alles auf mein Konto!" sagte Hettingen nach.

Als Richthofen ihn die Treppe hinabbegleitete, machte er sich Vorwürfe, so weiß und verändert stand Hettingens Gesicht vor ihm. „Nimm mir's nicht übel, Joachim, daß ich so offn gredt hab!"

„Nein! — Nur das: daß du so lange geschwiegen hast!"

„Das hab ich ja jetzt gutgemacht! Es gibt vieles im Leben, das man wieder zurechtrichtn kann, wann man die geeignete Stund dafür nicht versäumt."

Als er zurückkam, stand Maria an den Schreibtisch gelehnt und sah ihn aus glanzlosen Augen an. „Ich möchte heimgehen, Poldl!"

„Ja, Mizzerl! Und ich geh mit! Machn wir erst zu Fuß eine kleine Promenad, bis die Nerven ein bisserl austobt habn. Dann fahrn wir das letzte Stückerl! Du und ich, schau müssn wir halt wieder beisammenbleibn, wir zwei! Gehört hast eh alles, was er glagt hat!"

Sie nickte und drückte den kleinen Hut fest auf ihr Blondhaar. Dann lehnte sie den Kopf etwas zurück und starrte ins Leere. „Bitten könnte ich ihn jetzt nicht mehr! Auch nimmer vor ihm knien! Aber sterben für ihn — das könnte ich noch!"

„Mizzerl! So gern hast ihn!" Er nahm sie wie ein verlassenes Kind in die Arme und wiegte sie hin und her. Kein Wort kam aus seinem Munde, als ihr die Tränen ununterbrochen über die Wangen liefen. Eine nach der anderen rollten sie ihm über die Finger.

Als sie ruhiger wurde, faßte er sie unter und ging mit ihr die Treppe hinab, den Hof hindurch auf die im Sonnenschimmer des Abends liegende Straße.

Eng aneinandergedrückt schritten sie Hand in Hand in die glühende Lohe. Maria hob nach einer Weile seine Rechte an die Lippen.

„Was macht denn närrisch, Mizzerl!" sagte Richthofen verlegen.

„Dir danken für deine Geduld und unverdiente Liebe!" war die Erwiderung.

Es fiel kein weiteres Wort mehr, bis sie nach Hause kamen.

* * *

Im Wohnzimmer Dr. Feßmanns beleuchtete die seidenbefranste Stehlampe den kleinen runden Tisch mit dem weißen Damastfuche und den beiden Gedecken. Saftfarben glänzten die Mahagonimöbel auf. Frau Brunhilde horchte nach dem Nebenraume, welcher Feßmanns Ordinationszimmer war. Immer noch hörte sie ihn sprechen. Der Arbeitsfähigkeit der früheren Tage war eine Ueberlastung gefolgt, die sie täglich mehr in Sorge versetzte.

Die Gesundheit ihres Mannes stand auf dem Spiel, und es machte den Anschein, als ob er dieselbe mit Gewalt untergraben wollte.

Endlich hörte sie drüben eine Türe gehen. Dann öffnete sich die zum Nebenraume, und Feßmann stand auf der Schwelle. Mit einem gütigen Nicken sah er zu seiner Frau hinüber, welche die Vorhänge übereinanderrauschen ließ.

„Es ist etwas spät geworden, Hilde! Es ist nicht nötig, daß du mit dem Abend- und Mittagbrot immer wartest, bis ich mich zu Tische setze."

Ohne etwas zu erwidern, ging sie zu ihm, nahm seine rechte Hand an ihre Wange und schob ihm dann den bequemen Stuhl, in welchem er zu sitzen pflegte zurecht.

Er hatte kaum die Hälfte seines Bratenstückes zerschnitten, als draußen die Klingel anschlug. Voll Sorge blickte die junge Frau in sein müdes Gesicht. „Ich werde der Schwester sagen, daß du nicht mehr zu sprechen bist!"

„Nein!" Das Besteck zur Seite legend, faltete er die Serviette zusammen und ging nach seinem Arbeitszimmer hinüber, in das er den späten Gast hatte treten hören.

Im Lichtkegel der großen Schreibtischlampe stand Joachim Hettingen, machte einen Schritt auf ihn zu und streckte ihm die Rechte entgegen, die, ohne von einer anderen gefaßt zu werden, in der Luft hängen blieb.

„Hans!"

„Du wünschest?"

„Ich bin gekommen, dir Abbitte zu leisten!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280830-12/fragment/page=0003

Prager Kirchenkongreß.

Moralische und religiöse Abrüstung.

In Prag wurde der Kongreß der Kirchen für internationale Freundschaftsarbeit eröffnet. Die deutsche evangelische Gemeinde in Prag bereitete der deutschen Delegation einen feierlichen Empfang. Der Präsident der deutschen evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien, D. Wehrenfennig, behandelte in seiner Begrüßungsrede die gegenwärtige Lage der deutschen Minderheit des Landes. Er betonte die engen kulturellen Zusammenhänge zwischen Deutschen und Tschechen, die auch von tschechischen Politikern anerkannt würden, und äußerte sich zuversichtlich über die Zukunft der deutschen evangelischen Kirche des Landes. Im Anschluß an die deutsche Sonderveranstaltung fand im Prager Repräsentationshaus eine große öffentliche Kundgebung statt, die unter das Gesamtthema „Erziehung zum Frieden" gestellt war. Zum Thema sprach nach dem tschechoslowakischen Minister des Innern der englische Politiker Fisher aus Oxford. Er forderte die Ausmerzung der groben geschichtlichen Verdrehungen aus den Schulbüchern, wie sie noch immer zu finden seien.

Der deutsche Reichsgerichtspräsident Dr. Simons

hielt in der Eröffnungssitzung einen grundlegenden Vortrag über „Die moralischen und religiösen Grundlagen des Weltfriedens". Besondere Ausführungen widmete Dr. Simons dem Völkerbund. Wer es gut mit der Menschheit meine, der sollte den Völkerbund trotz seiner Mängel nicht verachten, sondern nach Kräften zu fördern und zu verbessern suchen. Als einen Vorgang von großer Tragweite bezeichnete der Redner den Kellogg-Pakt. Die Aufnahme aber, die er bei einigen Großmächten gefunden hat, die Vorbehalte, die man an seine Unterzeichnung geknüpft habe, ließen Zweifel daran aufkommen, ob selbst dieser Pakt imstande sein werde, das jähe Aufflammen eines Kriegsfeuers zu verhindern. Die Kirchen sollten am Werk des Weltfriedens in erster Linie mitarbeiten. Ohne religiösen Enthusiasmus sei kein Sieg über die Mächte der Finsternis zu gewinnen. Mit solchem Enthusiasmus dürfe man auf eine Abrüstung der Geister hoffen, der die Abrüstung der Heere mit Notwendigkeit nachfolgen müsse.

Staaten, Völker, Kirchen.

In der zweiten Versammlung sprach als deutscher Redner Universitätsprofessor D. Martin Rade-Marburg über das Thema „Moralische Abrüstung, eine ernste Notwendigkeit". Der Redner wies darauf hin, daß die „moralische Abrüstung" unabhängig ist vom Versailler Vertrag. Sie vollzieht sich, auch wenn die Verpflichtung zur Abrüstung, die den Vertragsstaaten aus den Artikeln des Versailler Friedens erwächst, noch nicht erfüllt ist. Und sie wird, falls die Verantwortlichen mit ihrer Erfüllung zögern, sie über kurz oder lang erzwingen. Drei Instanzen kommen als Subjekte der moralischen Abrüstung wesentlich in Betracht: die Staaten, die Völker, die Kirchen.

Abrüstungsfrage in Prag.

Die Weltkirchentagung.

Nach den einleitenden Reden wandte sich die Weltkonferenz für Frieden und Freundschaft der Kirchen ihrem eigentlichen Hauptverhandlungsgegenstande zu: der Abrüstungsfrage. Der Franzose Elie Cornelle behandelte zunächst das Abrüstungsprogramm vom weltlichen Standpunkt aus und forderte eine internationale Polizei, die sich jedoch weniger auf Macht stützen solle als auf die öffentliche Meinung. Den Kellogg-Pakt hält der Vertreter des französischen Protestantismus nicht für weitgehend genug. Der Kriegsächtungspakt müsse alle Staaten der Welt umfassen. Schließlich sprach sich der Redner zur Aufrechterhaltung des Friedens für ein obligatorisches Schiedsgericht aus. Der amerikanische Professor Hull erinnerte an das Versprechen, das den Mittelmächten bei Unterzeichnung des Friedensvertrages gegeben worden sei, daß nämlich ihre Abrüstung nur das Vorspiel zu einer allgemeinen Abrüstung sein solle. Er forderte eine

einfache und klare Kriegsächtung

seitens der Kirche. Angesichts der Furcht, die noch immer die Welt beherrscht, sei es nicht zu erwarten, daß eine Versammlung von Diplomaten oder sonst irgendwelchen Interessentengruppen weitgehende Forderungen erheben würde; von einer Versammlung von Kirchenführern rüßte jedoch eine solche Erklärung gegen den Krieg erwartet werden.

Als deutscher Vertreter nahm der Marburger Universitätsprofessor D. Rade das Wort. Er sprach über das Thema: „Moralische Abrüstung, eine erste Notwendigkeit". Der Redner wies auf die nicht auszudenkenden Schrecken hin, die der nächste Krieg über das Volk der Nichtkombattanten bringen würde. Sollte es demgegenüber nichts wirken, wenn die christlichen Kirchen einmütig den Völkern und Staaten zuriefen, abzulassen von dem gottlosen Wahnsinn?

Der frühere englische Parlamentarier Dickinson-London stellte fest, daß die Friedensverträge durch die Völkerbundsatzung an die Bedingung allgemeiner Abrüstung gebunden seien. Das Vertrauen zum guten Willen der beteiligten Staaten sei erschüttert. Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, der am persönlichen Erscheinen verhindert war, hat seine Rede schriftlich eingeschickt, die zur Verlesung kommt. Im Wirken für dauernden Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit erblickt Thomas das gemeinsame Ziel von Kirche und Arbeiterschaft.

Auch die Rede des am Erscheinen verhinderten griechischen Gesandten in Paris, Politis, wurde verlesen. Die Holländerin Frau van Eeghen berichtete über die Friedensarbeit der verschiedenen internationalen Frauenverbände.

Verkehrssicherheit und Personalpolitik.

Vom Reichskongreß der deutschen Eisenbahner.

Der in Trier tagende Reichskongreß der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner faßte folgende Entschließung: „Die starke Häufung der Eisenbahnunfälle hat die Blicke der Öffentlichkeit auf die Verhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft gelenkt. Der Zustand des Oberbaues und der Sicherheitseinrichtungen ist zweifellos in vielen Fällen die Hauptursache für die Katastrophen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner fühlt sich jedoch verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Personalpolitik der Reichsbahn ebenfalls eine gewaltige Gefährdung der Betriebssicherheit bedeutet. Die Reichsbahn hat eine gewaltige Personalverminderung durchgeführt. Die Verminderung beträgt bereits 400 000 Köpfe und trotzdem geht dieser Abbau unvermindert weiter. Eine derartige Verminderung ist nur möglich, wenn ständig eine restlose Ausnutzung der Arbeitskraft erfolgt. Die Dienstdauervorschriften sehen für das Personal in Betrieb und Verkehr täglich fünf Schichten bis zu 16 Stunden vor. Der überwiegende Teil des Personals muß täglich 12 Stunden leisten. Auf der ganzen Linie herrscht im übrigen ein starker Personalmangel. Dadurch wächst die Unsicherheit der Abwicklung des Verkehrs ebenfalls. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner verlangt, daß im Interesse der Betriebssicherheit eine Nachprüfung dieser Umstände durch den Untersuchungsausschuß für die Sicherheit der Reichsbahn unter Mitwirkung der Personalvertretung erfolgt."

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Aus der Begründung des Gerichts.

Das Reichsbahngericht hat bekanntlich die Absicht der Reichsbahn, in kurzer Zeit die Tarife zu erhöhen, anerkannt, obwohl die Begründung des Gerichts eigentlich kaum etwas anderes sagt als dasjenige, was die Reichseisenbahngesellschaft schon vorher selbst zur Stützung ihres Anspruchs vorgebracht hat. Die schwere Erschütterung des finanziellen Gleichgewichts in der deutschen Volkswirtschaft, welche die Erhöhung der Tarife unzweifelhaft mit sich bringen wird, das heftige Anziehen der Lohnkämpfe, das Schärferwerden der sowieso heute noch kaum erträglichen herrschenden Teuerung erscheinen dem Gericht nicht so weittragend gegenüber seiner Annahme, daß eine Unrentabilität der Deutschen Reichsbahn für die deutsche Gesamtwirtschaft sich entschieden ungünstiger auswirken würde als eine Tariferhöhung. Die Verlustwirtschaft bilde das größte Hemmnis für einen künftigen Tarifabbau. Die Entscheidung des Gerichts sei so zu verstehen, daß zur Erreichung der Mehreinnahmen von 250 Millionen Mark nur eine einmalige Tariferhöhung zulässig sein solle. Bei deren Durchführung solle entsprechend dem Vorschlag der Reichsbahn eine besonders schonende Regelung für Brennstoffe und für Heu und Stroh vorgenommen werden. Außerdem empfiehlt das Gericht die individuelle Behandlung einzelner Güter und Verkehrskomplexe, die dem Interesse der Wirtschaft dienen, und die Prüfung, ob nicht Tarifermäßigungen in bestimmten Relationen eine neue Verkehrssteigerung bringen, daß sie zu Mehreinnahmen führen. Weiter heißt es, nachdem das Gericht folgendes Urteil gefällt hat: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist berechtigt, zu einem von dem Reichsverkehrsminister zu bestimmenden möglichst nahen Zeitpunkt eine Tariferhöhung für den Güterverkehr und den Personenverkehr in einem Verhältnis von etwa 4 : 1 zueinander und in einem Ausmaß vorzunehmen, daß sie eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark jährlich erzielen kann", in der Begründung u. a.:

Das Gericht stellt fest, daß diese von ihm errechneten 934,1 Millionen für Abschreibung für ein Jahr unzulänglich seien. Sie ergäben nur eine Abschreibung von 3,6 Prozent der Anlagewerte, wodurch die Finanzlage der Reichsbahn beengt und knapp werde. Die disponiblen Mittel der Reichsbahn betrügen nach Abzug der gebundenen Reserven (gesetzliche Ausgleichsrücklage) nur 241 Millionen Mark, das sind 4,6 Prozent des Umsatzes, während das Gericht nach dem guten Grundsatz des deutschen Handelsrechts es für nötig hält, jährlich eine Reservestellung aus dem Reingewinn so lange vorzunehmen, bis ein der Größe des Unternehmens entsprechender Reservefonds vorhanden ist. In dem zweiten Teil der Begründung wird die Einnahmeentwicklung des Jahres 1928 daraufhin geprüft, ob sich eine Tariferhöhung vermeiden ließe. Wenn auch die ersten sieben Monate erhöhte Bruttoeinnahmen gebracht hätten, die nach gemeinsamer Auffassung zwischen Reichsregierung und Reichsbahn eine Gesamteinnahme von 5110 Millionen Mark in 1928 gegenüber 5039 Millionen Mark in 1927 erwarten ließen, so stünden dieser aufsteigenden Linie in den Einnahmen doch wesentlich erhöhte Ausgaben gegenüber. Die persönlichen Ausgaben ließen ein Mehr von 236 Millionen Mark in 1928 gegenüber 1927 erwarten, während die sächlichen Ausgaben aus Mangel in Mitteln stark hätten eingeschränkt werden müssen. In dem dritten Teil der Begründung führt das Gericht aus, daß eine Tariferhöhung der schwierigen Lage der Reichsbahn nur dann abhelfen könne, wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitszeitverkürzung oder auf Lohn- und Gehaltserhöhung bei ihr oder ihren Lieferanten auslösen würde. Ein Grund für die beengte Lage der Reichsbahn wird von dem Gericht in der seit 1926 durch die ganze deutsche Wirtschaft gehenden Welle von Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Erhöhung von Gehältern und Löhnen gefunden. Die Reichsbahn sei nicht in der Lage, infolge verteuerter Personalkosten eine wesentliche Einschränkung ihres Dienstbetriebes durchzuführen.

Äußerst fraglich erscheint es, ob die Öffentlichkeit den Ausführungen der Begründung auch nur einigermaßen beitreten und dadurch die Kritik an den geplanten Maßnahmen zum Verstummen bringen wird.

Schwimmbad-Restaurant Rastenberg

Sonntag, den 2. September von nachm. 2 Uhr ab

Schönheitskonkurrenz

für Damen, Herren u. Kinder ❀❀❀❀ Tanzvorführungen — Volksbelustigungen

Gesamtarrangement: Schütz-Littmann, Berlin.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Grummetnutzung

der Stadtgemeinde Nebra soll am

Dienstag, den 4. September 1928, nachm. 3 Uhr

an Ort und Stelle unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Treffpunkt: Reinsdorfer Fähre.

Nebra, den 29. August 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Kreisarbeitsnachweis.

Eine Anzahl von Einzelfällen aus den letzten Wochen geben mir Veranlassung, auf die genaue Einhaltung der von mir gegebenen Richtlinien besonders hinzuweisen.

Im einzelnen hebe ich hervor:

Die Gemeinden sind Beauftragte des Arbeitsnachweises und müssen als solche den Anweisungen des Arbeitsnachweises Folge leisten; für jeden durch die Nichtbeachtung der Anweisungen entstehenden Schaden haften die Gemeinden.

Die Auszahlung der Unterstützung ist von **täglicher** Meldung des Arbeitslosen abhängig; es sind nur die Tage auszuzahlen, an denen der Arbeitslose seiner Kontrollpflicht genügte. Beurlaubungen sind unzulässig. Tage, an denen er sich nicht gemeldet hat, müssen als Fehltage auf die Höchstdauer angerechnet werden. Wurde eine Aushilfsarbeit (tage- oder stundenweise Beschäftigung) ausgeführt, wird zwar die Unterstützung für diesen Tag mitbezahlt, jedoch der Verdienst angerechnet; eine Verdienstbescheinigung muß in jedem Falle eingesandt werden. Anrechnungsfrei sind 20% des Wochen-Unterstützungssatzes; von dem darüber hinausgehenden Verdienst wird die Hälfte angerechnet. Beispiel: A erhält 13,50 Mk. Unterstützung und verdient 8.— Mk, durch Gelegenheitsarbeit, so sind 2,70 Mk. = 20% anrechnungsfrei. Von den verbleibenden 5,30 Mk. sind 2,65 Mk. anzurechnen, sodaß 10,85 Mk. auszuzahlen wären.

Die Unterstützung darf nur an den Arbeitslosen selbst gegen Quittung ausgehändigt werden; Quittungsleistung durch andere Personen ist unzulässig. In ganz besonderen Ausnahmefällen (z. B. Arbeitsaufnahme vor Zahlung der Arbeitslosenunterstützung, Abreise und ähnliches) kann gegen Vorlage einer Vollmacht, die der Zahlkarte beizufügen wäre, an andere Personen gezahlt werden.

Auch während der Wartezeit besteht der Kontrollzwang; eine Wartezeit ist nur erfüllt, wenn sich der Arbeitslose täglich meldete. Diese Tage können in den Kontrollkarten besonders bezeichnet werden. Meldepflicht besteht auch während der Zeit der Bearbeitung des Antrages.

Ein Aufheben des täglichen Kontrollzwanges oder eine Einschränkung auf einen Wochentag durch einzelne Gemeinden ist unzulässig. Auf Grund solcher Anordnungen gezahlte Unterstützungsbeträge werden nicht erstattet.

Die Zahlungslisten müssen zum Dienstag jeder Woche für die vorausgegangene Zahlwoche (vom Montag bis Sonnabend) eingereicht werden. Abrechnungen auf mehrere Wochen sind nicht statthaft. Fehltage und Kürzungen müssen in den Listen ersichtlich gemacht werden.

Bei jeder Arbeitsaufnahme von über 3 Tagen, bei Erkrankungen, Kontrollversäumnis, Arbeitsverweigerung usw. muß eine Abmeldung des Arbeitslosen nach dem vorgeschriebenen Muster erfolgen. Verspätet oder nicht eingereichte Abmeldungen haben zur Folge, daß die Gemeinden die durch diese Versäumnis vom Arbeitsnachweis zu viel gezahlten Krankenkassenbeiträge erstatten müssen.

Als Tag der Einstellung ist stets der letzte Unterstützungstag einzusetzen.

Anfragen, Beschwerden usw. können **nur** vom Arbeitsnachweis erledigt werden; Auskünfte dürfen ebenfalls nur vom A.N. erteilt werden.

Werden Anträge auf Auszahlung von Unterstützung auf Grund eines Wanderscheines gestellt, so darf keine Auszahlung erfolgen; der Antragsteller muß vielmehr an den A.N. verwiesen werden.

Alle Anträge sind vom Aufnehmenden mit zu unterschreiben. Es muß darauf geachtet werden, daß die vorgeschriebenen Vordrucke (Neuanträge bezw. Weitergewährungsanträge) benutzt werden; In jedem Falle muß die vorgeschriebene Arbeitsbescheinigung beigefügt werden.

Die den Gemeinden übersandten Zahlungsbenachrichtigungen und braunen Zahlkarten verbleiben als Belag bei den Gemeinden, sind aber für etwaige Kontrollen ständig bereit zu halten.

Zuweisung von Arbeit geschieht im Auftrage des Arbeitsnachweises; jedoch ist jede Zuweisung und deren Erfolg sofort mitzuteilen. Notstandsarbeiter können **nur** durch den Arbeitsnachweis zugewiesen werden.

Querfurt, den 7. August 1928.

Der Vorsitzende. Dr. Wandersleb.

Wird veröffentlicht.

Nebra, den 25. August 1928. **Der Magistrat.**

Schützengilde Nebra

Zu unserem am **2. und 3. September ds. Js.** stattfindenden

Scheiben-Schießen

laden wir Freunde und Gönner hiermit herzlichst ein.

Das Direktorium.

Programm:

Sonnabend, den 1. September

8 Uhr abends: Zapfenstreich.

Sonntag, den 2. September

6 Uhr morgens: Wecken.
1 Uhr mittags: Aufzug der Wache.
2 Uhr mittags: **Umzug,** anschließend Konzert und Schießen.
8 Uhr abends: **Ball.**

Montag, den 3. September

8 Uhr morgens: Aufzug der Wache und Beginn des Schießens.
4 Uhr nachm.: Proklamation des Scheibenkönigs.
5 Uhr nachm.: Einzug.
8 Uhr abends: **Königsball.**

Die Ratten

sterben aus bei Anwendung des 1000fach bewährten

Alkaloid-Ratten-Präparates

Unschädlich für Haustiere!

Apotheke Nebra

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280830-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 102 — Donnerstag, den 30. August 1928 — 41. Jahrgang

Der Unterzeichnungsakt in Paris.

Kriegsächtungsvertrag unterschrieben.

Pünktlich um ein Uhr hielten im Uhrensaal des Auswärtigen Amtes in Paris am Montag nachmittag unter Führung des Außenministers Briand die Delegierten der Staaten, die zur Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes zugegen waren, ihren Einzug. Der feierliche Akt nahm in Anwesenheit der Mitglieder der französischen Regierung, des gesamten Diplomatischen Korps und vieler geladener Parlamentarier seinen Anfang. Der Unterzeichnungsakt war besonders feierlich. Diener in Galauniform, mit der Hellebarde in der Hand, führten die Diplomaten in den Unterzeichnungssaal; an der Spitze Staatssekretär Kellogg-Amerika, dann Lord Cushendun-England, Briand-Frankreich, Dr. Stresemann-Deutschland, Hymans-Belgien, Zaleski-Polen, Benesch-Tschechoslowakei, Mackenzie-King-Kanada sowie die übrigen Bevollmächtigten, also Cosgrave-Irland, Graf Manzoni-Italien, Graf Uchida-Japan, Senator Marchlan-Australien und die Oberkommissare Smith-Südafrika und Sir C. B. Parr-Neuseland.

Nachdem die Teilnehmer Platz genommen hatten, erhob sich der französische Außenminister Briand zu einer längeren Begrüßungsansprache.

Briand setzte sich und die Zeremonie der Unterzeichnung begann. Auf der Glasplatte des dazu zur Verfügung gestellten Tisches lag das Dokument des Kriegsächtungspaktes. Golden blitzte der Federhalter, den der Bürgermeister von Le Havre dem Washingtoner Staatssekretär überreichte. Ein schmuckloses Tintenfaß dabei, das gleiche, das Vergennes im Jahre 1783 benutzte, um den ersten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Vertrag zu unterzeichnen.

Als erster tritt Reichsaußenminister Dr. Stresemann an den Tisch und setzt seine Unterschrift unter den Pakt. Ihm folgen Kellogg, der im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika zeichnet, Hymans, der Belgier, Briand, die Vertreter der britischen Dominions und die Bevollmächtigten der übrigen Staaten. Dr. Benesch schließt die Reihe, Lord Cushendun, der auch für Indien zeichnet, dann Reihe.

Eine halbe Stunde hat die feierliche Handlung gedauert. Dann ziehen sich die Delegierten in den geschmückten Garten des Außenministeriums zurück, wo ihnen Briand den Tee servieren läßt.

Einladung zum Friedenspakt an alle Mächte.

Dr. Stresemann in Baden-Baden.

Nach der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes in Paris am Montag gab der französische Minister des Äußeren, Briand, ein Diner, zu dem die bevollmächtigten Unterzeichner der verschiedenen Mächte, darunter auch Dr. Stresemann, das Diplomatische Korps sowie die Mitglieder der französischen Regierung und eine Reihe von Deputierten und Senatoren erschienen waren. Im Anschluß an das Essen wurde ein Empfang abgehalten. Dienstag mittag kurz nach 12 Uhr reiste der deutsche Außenminister Dr. Stresemann mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Paris nach Baden-Baden ab. Auf der Fahrt zum Bahnhof fuhr ihm der Wagen des Polizeipräfekten von Paris voraus. Auf dem Bahnhof wurde Stresemann von einem Vertreter des französischen Außenministeriums und den Herren der deutschen Botschaft empfangen. Dr. Stresemann verabschiedete sich herzlich noch vom Kupeefenster aus. Auf der Reise nach Baden-Baden begleiteten ihn Legationsrat [illegible] der ärztliche Be- [illegible] vor seiner Ab- [illegible] Rundfahrt durch [illegible]

[illegible] hte hatten am [illegible] Dr. Stresemann [illegible] stellvertretende [illegible] elgische Minister [illegible] konnte diesen [illegible] noch nicht ge- [illegible] leisten. Strese- [illegible] Wochen Aufent- [illegible] Besprechung mit [illegible] er auf der Reise [illegible] en wird.

[illegible]oincaré.

[illegible] nandersetzungen [illegible] Stresemann mit [illegible] incaré gehabt [illegible] ungen geäußert, [illegible], was über den [illegible] war schreibt das [illegible] im Laufe einer [illegible] Minister sich nicht [illegible] über den Auf- [illegible] gen. Das Blatt [illegible] ebhaftem Inter- [illegible] über die Rhein- [illegible]

[illegible] gt: Stresemann [illegible] gelung der Repa- [illegible]. Beide Staatsmänner hätten aber beschlossen, auch nicht die geringste Information über den wirklichen Inhalt ihres Gesprächs an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

So muß man also den kommenden Verhandlungen in Genf überlassen, ob das, was für die endliche Anbahnung des Verständnisses zwischen Deutschland und Frankreich in Betracht kommt, nun endlich in Fluß gebracht wird.

Gedankenaustausch Coolidge—Doumergue.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat an den Präsidenten der Französischen Republik nach der Unterzeichnung des Paktes ein Telegramm gerichtet, in dem er ausdrückt, er sei sicher, daß überall in der Welt der Wille zum Frieden bestehe. Mit dem Pakt sei ein großer Schritt vorwärts geschehen zur Aufrechterhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen den Ländern und ein hochwichtiges Dokument in der Geschichte der Zivilisation geschaffen. Präsident Doumergue antwortete, auch nach seiner Überzeugung entspreche der Pakt den tiefsten Wünschen der Menschheit und er sei sicher, daß auch die bei der Unterzeichnung nicht anwesenden Mächte alsbald sich an dem Friedensinstrument beteiligen würden.

Einladung an die Nichtunterzeichner.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Paris hat die amerikanische Regierung ihre Vertreter in den interessierten Staaten sofort angewiesen, den Regierungen der Mächte, die den Pakt nicht unterzeichnet haben, die Tatsache der Unterzeichnung und den Text des Vertrages mit den Beitrittsbedingungen bekanntzugeben. Es wird dabei bemerkt, daß die Regierungen schon jetzt dem Vertrage beitreten können, ohne sein Inkrafttreten abzuwarten. Nur bei zwei Mächten sei Amerika nicht in der Lage gewesen, die Einladungen auszusprechen: erstens bei Sowjetrußland, mit dem sie keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, und zweitens bei Afghanistan, das sie zwar anerkannt habe, wo sie aber keinen offiziellen Vertreter besitze. Die französische Regierung hat deshalb die Mitteilung an diese beiden Mächte übernommen.

Rußlands Antwort.

Der französische Botschafter Herbette in Moskau überreichte dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die offizielle Einladung an die Sowjetregierung, dem Kellogg-Pakt beizutreten. Litwinow ersuchte den Botschafter, ihm ein Verzeichnis aller Regierungen zu übermitteln, denen die gleiche Aufforderung zugegangen sei. Ferner bat er um Einsichtnahme in die gesamten diplomatischen Aktenstücke, die sich auf den Kellogg-Pakt beziehen.

Litwinows Abrüstungszweifel.

Gleichzeitig gab Litwinow eine Mitteilung der Sowjetregierung an den Generalsekretär des Völkerbundes bekannt, in der Ablehnung der durch Deutschland vermittelten Einladung zur Teilnahme an der Vorbereitungskommission

Dr. Stresemann unterzeichnet den Kellogg-Pakt.

des Völkerbundes zum Entwurf einer Vereinbarung über die Kontrolle der Rüstungsindustrien ausgesprochen wird. Dazu sagt die russische Ablehnung weiter:

Da durch den Völkerbund nichts geschieht, um die tatsächliche Abrüstung durchzuführen, ist die Sowjetregierung der Meinung, daß ihre Teilnahme an der Konferenz zur Vorbereitung der Kontrolle über die Rüstungen nur dazu beitragen würde, die Völker der Welt in die täuschende Meinung zu versetzen, daß etwas für die Aufrichtung des Friedens geschieht.

Erste Beitrittserklärungen.

Von den Nationen, die mittlerweile aufgefordert sind, dem Kellogg-Pakt beizutreten, haben bereits vier Länder telegraphisch ihre Zusage erteilt. Das sind Dänemark, Südslawien, Rumänien und Peru.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Kellogg nunmehr auch die Absicht aufgegeben, einen Besuch in Irland zu machen. Von London hatte er bereits früher Abstand genommen. Kellogg reist am 29. August auf dem Schiff „Leviathan" von Cherbourg direkt nach Amerika zurück.

Das Minderheitenproblem.

Am 29. August wird in Genf der Vierte Europäische Nationalitätenkongreß eröffnet. Der Name selbst könnte vielleicht irreführen. Es handelt sich bei dieser Zusammenkunft um die Vertreter der nationalen Minderheiten in den einzelnen Staaten, besonders in denen, die auf Grund der Friedensverträge neu entstanden sind oder einen beträchtlichen Zuwachs an Land und damit auch an Mitgliedern fremder Nationen gewonnen haben. Dieser neue Genfer Kongreß erfuhr gewissermaßen eine Einleitung durch die Verhandlungen der Berliner Tagung der Interparlamentarischen Union. In dem Berichte des Generalsekretärs spielte die Behandlung der Minoritäten in den einzelnen Staaten eine große Rolle. Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß sich in der Vollversammlung der Union eine längere Debatte über das Minoritätenproblem entspann. Dabei fand besonders die Rede des Vertreters der deutschen Minderheiten in Lettland, Schiemann, ein außerordentlich starkes Interesse, der mit Bedauern feststellen mußte, daß sich die Lage der Minderheiten im allgemeinen verschlechtert habe. Von Lettland mußte er löblicherweise zugestehen, daß man dort schon eine immerhin erträgliche Lösung gefunden hat, so daß es der deutschen Minderheit in Lettland möglich wurde, sich aktiv zum Lettischen Staate einzustellen, so daß von dieser Seite aus wohl kaum Erschwernisse für Lettland zu erwarten sind.

Wie Herr Schiemann gleichzeitig feststellte, hat allerdings die Anzahl der Beschwerden der Minderheiten beim Völkerbunde nachgelassen. Er hat aber gleichzeitig den Nagel auf den Kopf getroffen, als er dazu die Erklärung abgab, daß bei den Minderheiten der Grund zu Klagen nicht geschwunden ist, sondern daß diese nur das Vertrauen zum Völkerbunde verloren haben. Das ist eine Feststellung, die sich immerhin der Völkerbund gesagt sein lassen muß. Hier hat der Völkerbund ein Urteil von Leuten, die nach den Statuten des Völkerbundes durchaus als seine Schützlinge zu gelten haben.

Der Minderheitenkongreß fällt mit den Beratungen des Völkerbundrates zusammen. Von verschiedenen Seiten wird das als ein Mangel hingestellt, weil sich die Minderheiten dadurch her so wichtigen Resonanz durch die Presse begeben. Es wäre vielleicht praktischer gewesen, die Tagung vorher abzuhalten, um gewissermaßen dem Völkerbundrate die Wünsche der Minderheiten in den gefaßten Beschlüssen vorlegen zu können. Ein Hinderungsgrund für diese frühere Tagung des Minderheitenkongresses war allerdings die Interparlamentarische Union und es ist zu hoffen, daß der Völkerbundrat wenigstens an den Anregungen dieser Union nicht vorübergeht.

Für uns Deutsche ist die Minderheitenfrage besonders eine Frage des Herzens geworden. Durch die Friedensverträge sind so viele deutsche Volksgenossen unter die Herrschaft fremder Nationalitäten gekommen, daß man direkt sagen kann, daß die Minderheitenfrage für Europa auch eine deutsche Frage geworden ist. Aus diesem Grunde ist es kein Wunder, wenn alle Staaten mit einer großen deutschen Minderheit nur Gegner dieser Minoritätenbewegung sind und es bei den Völkerbundverhandlungen so darstellen, als ob es sich hier um Bagatallen und letzten Endes um innere Angelegenheiten des betreffenden Staates handelt. Besondere Quertreibereien wurden immer von den Polen gemacht, die auf dem letzten Minderheitenkongreß insofern eine Sabotage versuchten, als sie durch Konstruktion einer friesischen Minderheit in Deutschland ein neues unterdrücktes Volk gefunden zu haben glaubten und dann unter Protest mit einigen anderen den Saal verließen, als man den Friesen das Recht der Vertretung auf dem Minderheitenkongreß nicht zugestehen wollte.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht anzunehmen, daß auch diese Minoritätentagung Wesentliches an dem Geschicke der nationalen Minderheiten ändert. Doch werden hoffentlich die Reden nicht überall ungehört verhallen. Sie sollten dazu dienen, das Gewissen der Welt aufzurütteln, der man zeigt, wie von verschiedenen Seiten versucht wird, der Minderheit ihr höchstes Gut, ihre Sprache, zu rauben. Von italienischer Seite wird ja immer hervorgehoben, daß es für Italien bei der geringen prozentualen Anzahl von fremden Elementen keine Minderheitenfrage gibt. Hier wird immer vergessen, daß es sich nicht um über das ganze Land zerstreute vereinzelte Individuen, sondern, wie in Südtirol, um große Komplexe mit eigener Kultur und eigener Sprache handelt. Vielleicht lassen sich alle die Staatsmänner, die da glauben, durch Zwang eine Minderheit entwurzeln zu können, die Worte Schiemanns durch den Kopf gehen, der besonders unterstrich, daß man mit Gewalt nie eine Assimilation erreichen kann, daß man dagegen durch wohlwollendes Eingehen und Verständnis für die nationale Eigenart der Minderheit es erreichen kann, daß diese, auch wenn sie zwangsweise dem neuen Wirtschaftsstaate einegliedert ist, doch ein treues Element dieses Staates wird.

Deutsch-polnische Konferenz in Berlin.

Parlamentarische Aussprache.

Im Rahmen der Tagung der Interparlamentarischen Union zu Berlin kam es am Montag und Dienstag auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280830-12/fragment/page=0005